

Seminarleiter/-innen, die mit Herzblut „ihre Freiwilligen“ durch das Jahr begleiten. Und eine Rollenvielfalt meistern – als Aufsicht, bei der Moderation partizipativer Prozesse, bei der Animation der Gruppe oder als Vertrauensperson. Aber sie repräsentieren genauso eben jene kleine Bildungsbranche, die mit *professioneller* Haltung ihre Freiwilligenseminare gestaltet. Ihr Praxisleitfaden ist ein hilfreicher, schriftlicher (Pionier-)Beitrag zur Qualitätssicherung und unterstützt die Qualitätsoffensive für Freiwilligendienste!

Birte Schmidt

*Dipl. (FH) Soziale Arbeit, Leitung  
Paritätische Freiwilligendienste  
Schleswig-Holstein, GPS –  
Gesellschaft für Paritätische Soziale  
Dienste GmbH  
schmidt@paritaet-sh.org*

**Klein, Ansgar, Rainer Sprengel und Johanna Neuling (Hrsg.), 2013, Jahrbuch Engagementpolitik 2013. Staat und Zivilgesellschaft, Wochenschau Verlag, 304 Seiten.**



ISBN 978-3-89974844-4

Mit dem „Jahrbuch Engagementpolitik 2013“ des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) haben es sich die Herausgeber/innen Ansgar Klein, Rainer Sprengel und Johanna Neuling zum Ziel gesetzt, einen Überblick über die Entwicklungen in der deutschen Engagementpolitik seit Beginn der laufenden Legislaturperiode zu geben. Spätere Jahrbücher sollen sich jeweils den Entwicklungen einer Jahresperiode vom 1. Juli eines Jahres bis zum 30. Juni des Folgejahres widmen. Die Reihe

richte sich an alle, „die sich für Engagementpolitik interessieren bzw. die mit ihr beruflich oder ehrenamtlich befasst sind“ (S. 7).

Die Konturen des Politikfeldes werden durch die Herausgeber/innen in der Einleitung anhand einzelner institutioneller Entwicklungen und Teilgebiete umrissen. Eine Definition der Engagementpolitik fehlt hingegen.

Welche politischen Entwicklungen deckt das Jahrbuch also ab? Zentrale Begriffe des Politikfeldes scheinen für die Herausgeber/innen die drei Schlagworte „Engagementförderung“, „Partizipation“ und „sektorale Zusammenarbeit“ zu sein.

So sollen durch das Jahrbuch unter anderem „Ansätze, Programme und Projekte der Engagementförderung“ (S. 7) von staatlichen Stellen, der Zivilgesellschaft und Unternehmen nachgezeichnet werden. Außerdem soll das Zusammenspiel von Engagementpolitik und „Demokratiepolitik“ (S. 8) – vor allem als Partizipation durch bürgerschaftliches Engagement gedacht – in den Blick genommen werden. Schließlich sollen die sektoralen Beziehungen zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft näher betrachtet werden. Letzterem lässt sich auch der diesjährige Schwer-

punkt des Jahrbuches „Engagementpolitische Reibungspunkte zwischen Staat und Zivilgesellschaft“ zuordnen.

Das Jahrbuch gliedert sich in ein Themenkapitel, ein Hintergrundkapitel, ein Kalendarium und ein Kapitel zu den Aktivitäten des BBE. Das Themenkapitel beinhaltet neben dem bereits angesprochenen Schwerpunkt auf Dauer angelegte Unterkapitel zu „Zivilgesellschaft, Parlament und Staat“, „Zivilgesellschaft und Wirtschaft“ und „Trisektorale Aktivitäten und Multi-Stakeholder-Initiativen“. Die Abschnitte des Hintergrundkapitels sind mit den Titeln „Regionale und lokale Engagementpolitik“, „Gute Praxis: Engagementpolitik“ und „Anerkennungskultur“ überschrieben. Ob dies dauerhafte Themensetzungen sind, bleibt offen; auch, warum gerade diese Hintergrundthemen gewählt wurden. Das Kalendarium gibt einen Überblick über wichtige politische Entscheidungen und zivilgesellschaftliche Lobbyaktivitäten für die Engagementpolitik. Der Schwerpunkt liegt hierbei auf der Zeit zwischen dem 1. Januar 2011 und 30. Juni 2012. Das Schlusskapitel „Aus dem Netzwerk BBE“ beinhaltet unter anderem einen Rückblick auf zehn Jahre BBE und Dokumente, die durch das

Netzwerk im Berichtszeitraum erarbeitet wurden.

Für die Leser/innen von *Voluntaris* dürften die beiden Beiträge zu Freiwilligendiensten von besonderem Interesse sein. Sie wurden von den Herausgeber/innen dem bereits erwähnten diesjährigen Schwerpunkt zugeordnet. Beide Texte wurden bereits im BBE-Newsletter 11/2012 veröffentlicht.

Im ersten der beiden Beiträge blickt Christa Perabo, Sprecherin der Arbeitsgruppe Freiwilligendienste des BBE, unter der Überschrift „Der Bundesfreiwilligendienst – ein Erfolgs- oder ein Übergangsmodell?“ (S. 16-21) auf ein Jahr Bundesfreiwilligendienst (BFD) zurück. Sie konzentriert sich dabei auf die kritischen Fragen bei der Konzeptionierung und Umsetzung des BFD. Zwei Kritikpunkte nehmen dabei den größten Raum in ihrem Beitrag ein: Erstens stellt Perabo die Arbeitsmarktneutralität des BFD in Frage. Unter den Teilnehmer/innen sei ein hoher Anteil von Erwerbslosen aus Ostdeutschland zu verzeichnen, die „offenbar teilweise durch örtliche Arbeitsagenturen für den BFD gewonnen wurden“ (S. 19). Hier werde der BFD als arbeitsmarktpolitische Maßnahme eingesetzt. Außerdem würden mit BFD-Teilnehmer/innen oft „fehlen-

de Fachkräfte oder auch fehlende Mittel für deren Bezahlung [...] kompensiert“ (S. 19). Zweitens kritisiert sie die Staatsnähe des Dienstes. Statt auf das bewährte Trägerprinzip der Jugendfreiwilligendienste zurückzugreifen, sei mit dem Bundesamt für Familie und zivilgesellschaftliche Aufgaben (BAFzA) als oberster Instanz für die Durchführung der BFD fest in staatlicher Hand. Unter anderem würden Verträge zwischen dem BAFzA und den Freiwilligen (und nicht zwischen zivilgesellschaftlichen Trägern und Freiwilligen) geschlossen und die Bildungsmaßnahmen quasi hausintern durchgeführt. Außerdem trete das BAFzA selbst als Träger einer BFD-Zentralstelle auf.

Im Hinblick auf den erstgenannten Kritikpunkt setzt sich Perabo für eine stärkere Beachtung der Arbeitsmarktneutralität des BFD ein, insbesondere einer klareren Abgrenzung des Freiwilligendienstes von arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen. Bezüglich der großen Staatsnähe des BFD fordert sie, dem Subsidiaritätsprinzip stärker Rechnung zu tragen. Eine substantiellere Beteiligung von Trägerorganisationen bei der Durchführung des BFD hält sie hierbei für zentral. Über die Kritik am BFD selbst geht Perabo hinaus, wenn sie die Ent-

wicklung einer Gesamtstrategie einfordert, die langfristig BFD und Jugendfreiwilligendienste zu einem Freiwilligendienst zusammenführt, „orientiert an den Strukturen des Jugendfreiwilligendienstes“ (S. 20). Eine Aufnahme von flexibleren Engagementformen, die unter anderem im Rahmen des 2011 ausgelaufenen „Freiwilligendienstes aller Generationen“ (FdaG) gefördert wurden, sei dabei ebenfalls überlegenswert. Allerdings stelle sich dabei das Problem der „Verdienstlichung“ des bürgerschaftlichen Engagements, wodurch „partizipatorische Facetten“ (S. 21) aus dem Blick geraten könnten.

Eben dieses Problem ist der zentrale Gegenstand des Beitrages von Gisela Jakob, Professorin an der Hochschule Darmstadt im Studiengang Soziale Arbeit, mit dem Titel „Verdienstlichung des Engagements“ (S. 22-28). Freiwilligendienste seien in den vergangenen Jahren zum „neuen Hoffnungsträger für die „Engagementförderung“ (S. 22) geworden – damit ergäben sich aber Folgen für die demokratiepolitische und emanzipatorische Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements, sowie für das Verhältnis von Zivilgesellschaft und Staat, die insgesamt negativ zu bewerten seien.

Freiwilligendienste belebten ein Verständnis bürgerschaftlichen Engagements, so Jakob, das besonders auf Pflichterfüllung und Unterordnung basiere. Dies stehe einer Entwicklung entgegen, in der Engagement zunehmend als bereichernd für das eigene Leben, als Möglichkeit zur Erweiterung eigener Fähigkeiten und insbesondere als Form der gesellschaftlichen Mitsprache und Mitgestaltung wahrgenommen werde (S. 26-27).

Aus dieser Blickrichtung erscheint die Grenzverwischung zwischen Freiwilligendiensten und anderen Formen bürgerschaftlichen Engagements als ein besonderes Problem für die demokratiepolitische und emanzipatorische Bedeutung bürgerschaftlichen Engagements. Während für junge Erwachsene am Übergang zwischen Schule und Beruf eine vertraglich geregelte Form freiwilligen Engagements mit starkem Bildungscharakter passend erscheine, sei eine solche Verregelung und ein solcher Bildungsschwerpunkt für Engagierte im Erwachsenenalter unangemessen. Erstens sei damit die Freiwilligenarbeit immer weniger von niedrig entlohnter Erwerbsarbeit zu unterscheiden, zweitens werde damit eigensinniges bürgerschaftliches Engagement immer häufiger zu einer staatlich gesteuerten „Dienst-

leistung für die Bewältigung sozialer Probleme“ (S. 23).

Die letztgenannte Folgewirkung der „Verdienstlichung“ – die Veränderung des Verhältnisses von Zivilgesellschaft und Staat – macht Jakob vor allem an der Ausgestaltung des BFD fest. Aus ähnlichen Gründen wie Perabo kommt sie zu der Überzeugung, dass die Schaffung des BFD eine „neue Qualität“ des staatlichen Zugriffs auf zivilgesellschaftliches Engagement darstelle, weil damit erstmals „ein staatlich organisierter Freiwilligendienst etabliert wurde“ (S. 23). Das BAFzA bündele Aufgaben, „die bislang sorgfältig zwischen Gesetzgeber, Trägerorganisationen und Einrichtungen getrennt waren“ und schaffe damit einen „direkten Zugriff des Staates auf die politische Steuerung dieses Bereiches“ (S. 23-24).

Nicht alle Beiträge des Jahrbuches erreichen die Qualität der beiden besprochenen Texte. Zum einen reichen einige Beiträge inhaltlich über die Beschreibung eines einzelnen Projektes oder Programmes kaum hinaus, so zum Beispiel der Text von Birgit Klesper zum „corporate volunteering“ bei der Deutschen Telekom (S. 107-111). Das mutet seltsam an im Rahmen eines Jahrbuches, das einen Überblick über Entwicklungen geben will, die

für ein ganzes Politikfeld von Bedeutung sind. Zum anderen werden einige Autor/innen sehr polemisch. So zum Beispiel Bernhard Jirku in seinem Beitrag „Ist sozial, was Arbeit schafft?“ (S. 91-98), der von einer „Parallelgesellschaft mit Schattenbanken“ (S. 93) spricht und behauptet, im Rahmen der Agenda-Politik solle in der Sozialen Arbeit „alles nur recht billig sein und möglichst noch billiger werden“ (S. 94). Auch Äußerungen wie „Zum Glück lügen Statistiken immer“, von Kristina Volke (S. 149) wären besser im Rahmen einer stilistischen Korrektur entfernt worden.

Außerdem verstört die Wahl einiger Autor/innen für die Berichterstattung über kritische Themen der Engagementpolitik. So schreibt mit der schon erwähnten Birgit Klesper eine Angestellte der Deutschen Telekom für Corporate Responsibility über das „corporate volunteering“ ihres Unternehmens. Als Staatsrätin darf Gisela Erler über die „wichtigen Weichenstellungen“ der baden-württembergischen Regierung berichten, der sie selbst angehört (S. 43-48). Und Birger Hartnuß, Referent in der Leitstelle Ehrenamt und Bürgerbeteiligung in der Staatskanzlei Rheinland-Pfalz, schreibt über die Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung in seinem Bun-

desland und mithin seines Arbeitgebers (S. 140-148). Es verwundert daher nicht, dass die entsprechenden Beiträge wenig kritisch wirken. Die wenigstens in diesen Fällen entscheidenden Hinweise auf die Hintergründe der Autor/innen sind leider erst am Ende des Buches zu finden.

Auch wenn aufgrund der genannten Punkte eine stärkere redaktionelle Bearbeitung und eine sorgsamere Auswahl der Autor/innen wünschenswert gewesen wäre, bietet das Jahrbuch nichtsdestotrotz einen guten Überblick über die wichtigen Ereignisse und zentralen Themen der Engagementpolitik. Insbesondere die Abschnitte zu den engagementpolitischen Reibungs-

punkten zwischen Staat und Zivilgesellschaft und zum Verhältnis von Zivilgesellschaft, Parlament und Staat werden durch den breiten und kritischen Blick der Mehrzahl der Beiträge dem hohen Anspruch eines Jahrbuches gerecht. Das ausführliche Kalendarium macht das Jahrbuch zudem zu einem nützlichen Nachschlagewerk für Praktiker/innen und Forscher/innen im Bereich der Engagementpolitik.

Wolfgang Stuppert

*Promovend an der Berlin Graduate  
School of Social Sciences der  
Humboldt Universität zu Berlin  
wolfgang.stuppert@hu-berlin.de*

---